

apflspalten



Die Zukunft der Schule Seite 2	Deutschförder- klassen I Seite 6	Religion und Schule Seite 7	Aussendung UGÖD Seite 11	Kopftuch vs Machokopf Seite 14
Impressum. Seite 2	Deutschförder- klassen II Seite 6	Berufsorientierung Seite 10	Arbeit der PV Seite 12	Aufruf zum Mitfeiern Seite 15
20 Jahre Wiener MSK Seite 3	Leserbrief Seite 4	HO-Ruck vs Schulqualität Seite 10	Satire Seite 13	MandatarInnen Seite 16

Die Zukunft der Schule- im Rückwärtsgang



Gabriele **BOGDAN**,
Personalvertreterin für
apflug im 6. IB und ZA

Was Schule leisten soll, scheint allen klar zu sein. Welche Mittel dazu nötig sind und wie diese Ziele zu erreichen wären, ist für die Regierenden offensichtlich nicht so leicht zu erkennen.

Wie ist es sonst möglich, dass die „neuesten“ Ideen dermaßen daneben zielen.

Zuerst die Diskussion um Kopftücher in Kindergärten und Volksschulen. Sicher keine gute Idee, Mädchen, die in diesem Alter nicht in der Lage sind eine „bewusste Entscheidung“ für diese Art der Kopfbedeckung zu treffen, damit auszustaffieren und ihre Entwicklung massiv in eine Richtung zu drängen. Aber ein Verbot? - Jedenfalls ein marginales Problem, das auch in einer Großstadt wie Wien kein Massenphänomen darstellt, dem man nicht anders als mit einem Verbot beikommen könnte!

Nichts anderes als eine „Nebelgranate“, die offensichtlich wirklich gravierende Maßnahmen verschleiern soll. Wenig verwunderlich, dass die derzeitige Regierung an der überkommenen Trennung der SchülerInnen zu einem viel zu frühen Zeitpunkt festhält. Selektion statt Inklusion. Das findet seine Fortsetzung in der Stärkung der Sonderschulen (ZIS), die man unbedingt behalten möchte.

Die Möglichkeit, die AHS Unterstufe ebenso wie die NMS zur Pflichtschule zu erklären und damit eine gerechtere Aufteilung all jener Aufgaben zu erreichen, die die Neuen Mittelschulen jetzt allein stemmen müssen, ist nicht einmal angedacht. Im Gegenteil – die Regierung Kurz kürzt auch noch

den Integrationstopf auf die Hälfte. Das bedeutet ein Ende der „BundessozialarbeiterInnen“ bzw. der MI – Teams. Maßnahmen, die die Integration von SeiteneinsteigerInnen ermöglichen sollten.

Die 6 zusätzlichen Stunden, die bisher das Teamteaching in der NMS gesichert haben, sind offensichtlich im nächsten Schuljahr noch vorhanden, werden aber mit einiger Wahrscheinlichkeit im Schuljahr 2019/20 nicht mehr zur Verfügung stehen.....

Und nicht zuletzt die Einführung von den sogenannten „Deutschklassen“. Natürlich wünschen wir uns alle Kinder, deren Deutschkenntnisse ausreichen um dem Unterricht zu folgen. Der Weg dorthin sollte sich jedoch an „best practice“ Beispielen orientieren und nicht in einer Segregation von SchülerInnen münden, sondern die Integration in einen Klassenverband ermöglichen. Das ist nämlich die beste Garantie dafür eine fremde Sprache möglichst schnell und effektiv zu erwerben.

Vorgelegt wurde dagegen ein völlig unausgeglichener Gesetzesentwurf – die sehr, sehr kritischen Stellungnahmen im Rahmen des Begutachtungsverfahrens sind auf der HP des Parlaments nachzulesen!

Nicht zuletzt soll am Rande noch ein Thema erwähnt werden, das nicht nur uns LehrerInnen und unsere Schülerinnen, sondern alle in diesem Land Lebenden betrifft:

Was geschieht mit der AUVA? Wo werden wir in Zukunft krankenversichert sein? Werden unser Gesundheits- bzw. unser Sozialsystem irreparable Schäden davontragen? Und eine „naive“ Frage zum Schluss:

**WAS MACHEN DIE MIT DEN VIELEN
MILLIARDEN, DIE SIE EINSPAREN?
UMVERTEILEN – WOHIN?**



20 Jahre Wiener MSK (Mehrstufenklasse) ein „Modell für alle Kinder“



Eva Neureiter,
seit 18 Jahren VS-Lehrerin
an einer MSK

Vor 20 Jahren haben Freinet-Pädagoginnen beim Wr. Stadtschulrat (SSR) einen Schulversuch eingereicht, der heuer ein Jubiläum feiert: die „Jahrgangsübergreifende Freinetklasse“, heute erfolgreich unter „Mehrstufenklasse“ bekannt.

Was ist eine Mehrstufenklasse (MSK)? Warum ist sie bei SchülerInnen, Eltern und auch LehrerInnen so beliebt? Und wie wird es mit den MSK weitergehen?

Eine MSK ist eine altersheterogene Klasse. In unsere Klasse gehen Kinder von 6-11 Jahren, das sind 5 Schulstufen (1.- 4. Klasse und die Vorschulklasse); zusätzlich haben wir Kinder mit besonderen Bedürfnissen, diese werden ihrem Lehrplan entsprechend unterrichtet (ASO, SSO). Die Kinder können für ihre Volksschulzeit 4 oder 5 Jahre brauchen; wenn sie ein 5. Jahr bleiben, zählt das erste Jahr als Vorschuljahr und das Kind kann im Klassenverband bleiben. Es gibt auch MSK-Standorte¹⁾ an denen Kinder in jeweils 2-3 Schulstufen unterrichtet werden (1.- 3. Klasse, 4.- 6. Klasse, 7.+ 8.Klasse). In einer MSK (in der VS) arbeiten eine VS-LehrerIn mit 22 Stunden und eine VS-LehrerIn mit 11 Stunden; in Integrationsklassen arbeitet zusätzlich eine SonderpädagogIn. Vor 20 Jahren haben engagierte PädagogInnen die Mehrstufenklasse als Schulversuch beim SSR eingereicht. Sie waren es leid, mit SchülerInnen in Jahrgangsklassen zu arbeiten, denn ihre Erfahrungen waren, dass Kinder die gleich alt sind, nicht automatisch in ihrer Entwicklung gleich sind. Es war sinnvoller Angebote zu setzen, die SchülerInnen in ihrer Unterschiedlichkeit wahrnehmen konnten. Die Heterogenität wurde zum Programm. Dieser Schulversuch wurde genehmigt²⁾. In der Schullandschaft scheint dies eine andere Zeit als

heute gewesen zu sein, pädagogische Ideen waren Inhalte und nicht Einsparungen. In den Anfangszeiten war eine Reformpädagogik (Freinetpädagogik, Montessoripädagogik, Jena-Plan-Pädagogik) die Voraussetzung für die Errichtung einer MSK, unsere Klasse hieß „Jahrgangsübergreifende Freinetklasse“. Die Pädagoginnen, die sich dafür engagierten, waren reformpädagogisch denkende LehrerInnen. Im Laufe der Zeit wurde aus diesen Klassen „Mehrstufenklassen“; nach einiger Zeit fanden es auch LeiterInnen von Vorteil, eine MSK am Standort zu haben. Manche von den DirektorInnen waren nicht von pädagogischen Argumenten geleitet, sondern es



Foto: Ulrike Wieser

passte gut in „ihr“ Schulprofil. Die **Eltern** nahmen diese Klassen mit Freude auf. Sie schätzen die offene Arbeitsweise, die reformpädagogischen Ideen, die Durchlässigkeit beim Lernen (Kinder können in mehreren Schulstufen mitarbeiten), die Förderung von Selbständigkeit und Selbsttätigkeit. An unserem Standort sind in allen Jahren die Anmeldungen für die MSK größer als die Zahl der möglichen Plätze. Unsere frühere Frau Direktor führte zeitweise jährlich eine Regelklasse mit reformpädagogischem Schwerpunkt, damit sie den Eltern, die die MSK für ihr Kind wollten, eine Alternative anbieten konnte.

Warum arbeiten **LehrerInnen** gerne in einer MSK? Wenn wir PädagogInnen die Unterschiedlichkeit als Chance und nicht als Manko sehen, ermöglichen sich viele neue Wege des Lernens. Die Kinder, die zu uns kommen, wollen lernen; mein Auftrag als

Lehrerin ist es, ihnen diese Freude nicht zu nehmen.
Die MSK birgt großes soziales Potential: jedes Kind kommt als neues Kind in die Klasse, im Laufe der 4-5 Jahre ändert sich seine Rolle in der Gruppe. Bald kann es anderen Kindern etwas zeigen (z. B.: wo die Scheren sind, wie ich zum Werkraum komme, etc.).

In einer MSK arbeiten 1 ½ (oder in einer Integrationsklasse 2 ½) LehrerInnen. Dies setzt Teamarbeit voraus. Teamarbeit ermöglicht regelmäßige Reflexion über unsere Arbeit, Gespräche über einzelne Kinder oder Situationen. Diese Kooperation ist entlastend, denn es gibt in unserem Beruf Tage, an denen wir an unsere Grenzen stoßen.

Viele MSK sind Integrationsklassen. Für die Integrationskinder ist die MSK oft gut geeignet, denn es gibt in allen Jahren Kinder, mit denen sie spielen und arbeiten können (z. B.: mehrere Jahre lang Buchstabenerarbeitung). Dadurch dass sowieso nie alle Kinder dasselbe machen, fällt es nicht auf, wenn die Integrationskinder etwas anderes arbeiten. Aber auch für die anderen SchülerInnen ist die Integration eine Chance: im Alltag zu erleben, wie Kinder mit Behinderungen oder Einschränkungen sich verhalten. In unserer Klasse wissen die Kinder oft nicht, „wer die Integrationskinder sind“, weil Andersartigkeit kein Ausschlussgrund ist.

Ein Kritikpunkt an den MSK ist, dass nur Kinder mit Deutsch als Erstsprache und aus bildungsnahen Familien in der MSK sitzen. Dies liegt daran, dass diese Eltern viel dafür tun, um einen Platz in der MSK zu bekommen. Wir haben an unserem Standort gegengesteuert: seit einigen Jahren haben wir großteils Kinder mit anderen Erstsprachen in unserer Klasse. Die verschiedenen Sprachen bereichern das Zusammenleben.

Eine kritische Anmerkung zum Selbstverständnis einiger MSK-LehrerInnen möchte ich an dieser Stelle auch anbringen: manche sprechen davon, dass nur eine MSK eine „gute Klasse“ sein kann, nur „ihre Schule“ gutes Lernen ermöglicht. Anlässlich des 20-Jahre-Jubiläums waren diese Ausführungen öfters zu hören. Gute Arbeit in einer Klasse hängt von den Personen ab, die dort zusammen arbeiten. Wir haben in der österreichischen Freinet-Pädagogik und an meiner

Schule LehrerInnen, die hervorragende Pädagogik verwirklichen; die MSK ist eine Möglichkeit, aber nicht die einzige.

Was sagen die **SchülerInnen**?

Wir haben unsere SchülerInnen befragt, was sie an ihrer Klasse schätzen. Eine häufige Meldung war: „Ich mag meine Klasse, weil ich große und kleine Freunde haben kann“. Weiters schätzen sie, dass sie sich gegenseitig helfen können, dass die Klasse verschiedene Kinder hat, dass wir oft Ausflüge machen, dass es möglich ist, ein Jahr länger in der Klasse zu bleiben (um einige Antworten zu nennen). Dazu gibt es eine Radiosendung, die die SchülerInnen unserer Klasse produziert haben (siehe unten).

Vor 20 Jahren war der Schulversuch erwünscht, heute ist die **politische Forderung**, dieses Schulmodell zu erhalten. Seit der Grundschulreform 2016 laufen alle Schulversuche aus und es ist in ganz Österreich möglich eine MSK zu eröffnen. Dies ist zu begrüßen, aber diese neuen MSK bekommen keine Zusatzstunden, dies bedeutet, dass eine Lehrerin mit 5 Schulstufen alleine in der Klasse steht.

Unser SSR-Präsident Himmer hat sich für den Erhalt der MSK ausgesprochen, allerdings mit dem Hinweis, dass der Bund für die Finanzierung der LehrerInnen zuständig ist. Wenn in den nächsten Jahren Wien von der Schwarz/Türkis-Blauen Bundesregierung weniger Ressourcen zugeteilt bekommt, bedeutet das auch das Aus für das Modell der MSK.

Wir fordern, ausreichend LehrerInnenstunden zu finanzieren, um diese Form des Lernens weiterhin zu ermöglichen!

1) Heute gibt es an 61 VS und 6 NMS-Standorten (www.schulentwicklung.at) MSK, 2017/18 gab es über 140 MSK-Klassen in Wien.

2) Ein ausführliches Interview mit den Freinet-Pädagoginnen Anika Puchberger, Ingrid Passweg und Luzia Bäck kann nachgelesen werden in: Elise 14, Vereinszeitung der Freinetgruppe Wien, Frühling 2018; www.freinetgruppewien.wordpress.com

weitere Informationen:

Homepage der Wiener Mehrstufenklasse, anlässlich der 20 Jahr-Feierlichkeiten:

<http://www.wienermehrstufenklassen.at/>

2 Radiosendungen über die MSK: SchülerInnenendung: Die SchülerInnen der FB-Klasse der OVS 14., Zennerstraße 1 erzählen von ihrer Klasse: <https://cba.fro.at/354350>

LehrerInnenendung: LehrerInnen aus verschiedenen Mehrstufenklassen sprechen über ihre Erfahrungen und darüber, warum es wichtig ist, dieses Modell zu erhalten.

Leserbrief

Vorangestellt sei: Schulen funktionieren überwiegend klaglos. Aber wie überall gibt es auch hier Ausnahmen! Die PV kann ein Lied davon singen! LeiterInnen picken sich MitarbeiterInnen aus dem Lehrkörper heraus und schikanieren sie nach Lust und Laune. Wobei das natürlich aus Kalkül passiert. Der Beispiele gibt es viele. Fachlich „schwache“ LeiterInnen ziehen sich Vasallen groß, um bequemer „den Laden im Griff zu haben“. - Oder auch einfach dadurch Entlastung zu erfahren. Aber gerade dass es vorwiegend gut läuft, kann als Argument gelten, dass den schwarzen Schafen das Handwerk gelegt werden sollte. (Siehe auch den Artikel „Schwierigkeiten der PV“)

Alle Macht den Schulen!

Alle Macht den SchulleiterInnen

Wer heute als Lehrer_in in einer Wiener Pflichtschule angestellt werden möchte, hat ein auf ein Jahr befristetes Dienstverhältnis (II L – LehrerInnen) einzugehen und ist alljährlichen Beobachtungen (Hospitationen oder „Classroom Walkthroughs“) durch die Schulleitung unterworfen. Diese „Qualitätskontrolle“ seitens der Direktorin / des Direktors im Auftrag der Schulaufsicht ist nicht neu. Das gab es auch schon früher, als auch noch die Parteibücher relevant waren.

Um in das weitaus weniger prekäre „unbefristete“ Dienstverhältnis (I L – Entlohnungsschema) zu gelangen, ist die jährlich zu bewilligende positive Weiterverwendung über mehrere Jahre (bis fünf Jahre) Grundvoraussetzung. Anhand von vorgegebenen Beobachtungsmatrizen zu allerhand Themen wie: „Teamfähigkeit“, „Einsatzfreude“ oder „Methodenvielfalt“ werden die „II L – Lehrenden“ von „besonders erfüllt“ bis „nicht erfüllt“ durch die Schulleitung eingestuft. Falls keine Angabe möglich ist, kann die Schulleitung „ohne Angabe“ ankreuzen. Nach erfolgter Einstufung durch die Schulleitung muss der Beobachtungsbogen der Lehrerin / dem Lehrer zur Kenntnis gebracht werden, diese/r unterschreibt das Schriftstück. Sollte sie / er mit der Beobachtung nicht oder nur teilweise einverstanden sein, hat sie / er die Möglichkeit eine eigene (formlose) Stellungnahme zu verfassen, welche dann dem zuständigen PSI und dem Personalmanagementbüro im SSR f. Wien übermittelt wird.

Im Regelfall endet dieser „Nervenkitzel“ für die jungen KollegInnen nach 3,5 durchgängigen Dienstjahren, kann aber auch auf bis zu fünf Jahre ausgedehnt werden, wenn einem die Schulleitung nicht ganz wohlgesonnen ist. Der SSR f. Wien überstellt die so genannten „JunglehrerInnen“ anschließend in den „Dauervertrag“ (I L), weil er aus juristischen Gründen keine dauerhaften Kettendienstverträge ausstellen darf. Die Stadt Wien hat aber auch deshalb Interesse, die LehrerInnen in besser gestellte Dienstverhältnisse zu nehmen, weil der Bundeshauptstadt jährlich viele erforderliche Lehrkräfte fehlen, die dann durch „AushilfelehrerInnen“ („Teach for Austria“, Studierende des Lehramts usw.) kompensiert werden müssen. Das wiederum „freut“ den Dienstgeber, da sich die Stadt hier wieder Geld spart, da diese „Geringausgebildeten“ weniger kosten.

Wenn heute vielerorts von „Autonomie“¹ der Schulen und deren Leitungen die Rede ist, dann

müssten bei uns bereits heute die Alarmglocken läuten, da Schulleiter_innen bereits jetzt autonom „unliebsame“, „kritische“ oder „subjektiv lästige“ Lehrende zumindest „sekkieren“ können, ohne dabei großen Aufwand zu betreiben, und sich für ihr Verhalten großartig rechtfertigen zu müssen. Man nennt das u.U. auch „Bossing“, wobei nicht jede abgelehnte Weiterverwendung zwangsweise unter diese Kategorie fällt.

Die These, wonach sich die DirektorInnen ihre LehrerInnen selbst aussuchen sollen, klingt zwar „geil“ - ein Terminus, der von der Jugendsprache bis ins Kanzleramt vorgedrungen sein dürfte - ist aber in Wirklichkeit eine Machtkonzentration an den Schulstandorten, in denen die Direktorinnen und Direktoren als Schulmanager_innen schalten und walten können, wie es ihnen die Kontrollorgane von oben vorgegeben haben (Input-Outputorientierung, Bildungsstandards, Ranking unter vergleichbaren Schulstandorten usw.). Frei nach dem Motto: „Den LehrerInnen werden wir Beine machen“ laufen heute DirektorInnen ebenso in diese aufoktroyierte Falle der permanenten Kontrollen: „Allen werden wir Beine machen!“ Dies ist mit ein Grund, warum in manchen Schulstandorten Wiens interimistische LeiterInnen bereits seit vielen Jahre leiten und sich erst gar kein/e Nachfolger/in für die Stelle bewirbt. Die geplante Einführung einer Art „Willhaben-Homepage“ für den österreichweiten Lehrkräftebedarf namens „Get your Teacher“ stellt hier nur den Höhepunkt dieser Chose dar, denn die SchulleiterInnen sollen sich ihre Lieblingslehrpersonen bereits im Internet aussuchen dürfen. Was noch fehlt ist ein Profilbild mit Sternchen-Bewertungen, aus denen ersichtlich wird, wie sich die Lehrerin / der Lehrer im Studium („MentorInnen“) oder in anderen Schulen (DirektorInnen) „benommen“ hat. Eventuell kann man dann bereits als suchende Direktorin / suchender Direktor einsehen, wie häufig sich die Kollegin bereits versetzen hat lassen oder wie viele Krankenstandstage die Kandidatin/ der Kandidat bereits hatte.

Wohin die Reise geht, bleibt unklar. Die neue Bundesregierung setzt, wie bereits die alte, in Sachen Bildung und Schule auf „Digitalisierung“ und „Unternehmensorientierung“. Alles bleibt besser in der schönen neuen Schulwelt eines Herrn Minister Faßmann. Gut gemacht. Weiter so, auf autonomem Wege, hoffentlich.

¹ DAS „Wohlfühlwort“ der Bildungspolitik und Pädagogik von heute



Deutschförderklassen- ein Schritt zurück



Susanne **WEGHOFER**,
Personalvertreterin f. apflug
im 17. IB

Zur geplanten Änderung des SCHOG, SCHUG und des Schulpflichtgesetzes 1985 betreffend Deutschförderklassen gab es viele kritische Stimmen. Nachzulesen auch unter: <http://www.apflug.at>

Wichtige Kritikpunkte sind:

- Deutschförderklassen erschweren durch die Segregation den Spracherwerb. (u.a. Sprachvorbilder und soziale Interaktion fehlen)
- Die SchülerInnen sind weitgehend von der Teilnahme am Fachunterricht ausgeschlossen, da sie in der VS die Deutschförderklasse 15 Wochenstunden und in der Sekundarstufe 20 Wochenstunden besuchen müssen. Dadurch ist es fast unmöglich, dass diese SchülerInnen in die nächsthöhere Schulstufe aufsteigen können. Es droht ihnen ein Schullaufbahnverlust.
- Das ausreichende Beherrschen der deutschen Sprache als

Schulreifekriterium widerspricht den pädagogischen Möglichkeiten des Umgangs mit Mehrsprachigkeit und den wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Sprachentwicklung und Sprachförderung von Kindern. Ein Kind, das über eine hohe Sprachreife verfügt, wird zurückgestuft, weil es diese Sprachreife

- , in der „falschen Sprache“ hat.
- Gibt es (schon) geeignete Tests zur Sprachstandsfeststellung?
- Gibt es genug LehrerInnen mit der Ausbildung DAF/DAZ?
- Die Einrichtung der Deutschförderklassen ist im Hinblick auf den Stundenplan eine sehr große Herausforderung. Der zusätzliche Bedarf an Schulraum wird im Entwurf verneint, bleibt aber rätselhaft und ungeklärt.

Deutschkenntnisse dürfen kein Ausschlusskriterium aus Bildungsprozessen sein!

Mehrsprachigkeit sollte in unserem Schulsystem schon längst als etwas Wertvolles erkannt werden, nämlich als Normalzustand und nicht die Ausnahme!

Kinder und Jugendliche müssen so schnell wie möglich am Regelunterricht teilnehmen können. Für den Erwerb der Bildungssprache Deutsch braucht es schon lange mehr qualifizierte Lehrkräfte!



Petra **JANN**,
Personalvertreterin für apflug
im 17. IB

Was sagen eigentlich die Kinder dazu? Wer spricht mit ihnen? Wer erklärt ihnen, dass ihre Freunde aus der Klassengemeinschaft genommen werden?

In der GTVS ,Novaragasse im 2. Bezirk, haben die KlassenvertreterInnen, im Schülerparlament sich genau diese Fragen gestellt und infolge auch ihren KlassenkameradInnen. Die SchülerInnen erstellten einen Fragebogen um von ihren MitschülerInnen zu erfahren wie sie Deutsch

-die Betroffenen

gelernt haben, denn, dass ihre Freunde Deutsch sprechen daran gab es keinen Zweifel. Fast 40 Interviews wurden geführt, durch SprachförderlehrerInnen und die Uni Wien begleitet und zusammengestellt.

Allen Kindern wurden die gleichen Fragen gestellt – die Antworten sind exemplarisch.

Wie heißt du? (Mädchen 2.Klasse)

Hast du Geschwister? *Ja, eine Schwester (13)*

Seit wann bist du in Österreich? Bist du hier geboren? - *Seit 2 Jahren.*

Was ist deine Muttersprache? - *Afghanisch.*

Wie hast du dich gefühlt als du noch kein Deutsch konntest? Wie ist es dir da gegangen? (Bub 4. Klasse)

Alleine, denn ich konnte mit niemandem reden.

Haben dir andere Kinder geholfen? (*In der Schule/im Kindergarten?*) - *Ja!*

**Konntest du trotzdem Freunde finden? -Ja!
Wie hast du Deutsch gelernt? (Mädchen 2. Klasse)**

Mit meiner Lehrerin.

Wer oder was hat dir dabei geholfen?

Meine Lehrerin und meine Mama.

Wie geht es dir heute mit Deutsch? (Bub 2. Klasse)

Gut!

Wer hilft dir heute?

Mein Gehirn! Meine Lehrerin! Und ich bin im Sprachförderkurs.

Religion und Schule

Ralf Wolf Wimmer

Ein Vorschlag zur Güte oder Orientierung tut not

In den folgenden Zeilen wird dafür plädiert, den Religionsgemeinschaften die Unterweisung ihrer Anhänger in ihre je eigene Verantwortung zurück zu geben, also den Religionsunterricht an staatlichen Schulen zu beenden. Als Ersatz, Erweiterung und Erneuerung soll nicht der Schulversuch Ethik vorgesehen sein, sondern ein Unterrichtsgegenstand Orientierung, der im weiteren Verlauf der Ausführungen in seinen Grundzügen skizziert wird.

Zeit für eine grundsätzliche Erneuerung

Der anhaltende **gesellschaftliche Wandel** verändert einerseits die Zusammensetzung der Bevölkerung, was ihre Konfessionszugehörigkeit betrifft als auch die interne Struktur der Glaubensgemeinschaften selber. Einerseits sinken die absoluten und prozentuellen Anteile der dominanten katholischen Kirche, andererseits wachsen die muslimischen Glaubensgemeinschaften rasch an. Dazu kommt eine stattliche Anzahl von Österreichern, die sich zu keiner Konfession bekennen (ca.2 Mio) und

eine zahlenmäßig überschaubare, aber auch stetig steigende Anzahl, die ihr religiöses Heil in einer Vielzahl kleinerer, aber oft sehr aktiver religiöser Gruppierungen sucht.

Der **Einfluss der Religion** ist nichtsdestotrotz in West- und Mitteleuropa **ständig im Schwinden**: **Individualisierung** und **Säkularisierung** sind die vorherrschenden gesellschaftlichen Tendenzen. So wählt ein nicht kleiner Teil selber aus, welche Inhalte für ihn relevant sind („Patchwork-Religion“, abnehmende Compliance) und welche Riten und Normen vollzogen werden bzw. für das alltägliche Leben bestimmend sind. Für den Großteil geht es nur noch im Zusammenhang mit den so genannten Lebensereignissen (Geburt, Ehe, Tod) um die Inanspruchnahme religiöser Dienstleistungen („praktischer Atheismus“). Der politische Einfluss und die Bedeutung religiöser Argumentation in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geht ebenso zurück wie das Ansehen und die Autorität durch Missstände, kleine, aber lautstarke Fundamentalismen und eine zunehmende Diskrepanz zu gesellschaftlich weitgehend akzeptierten Positionen in Geschlechterfragen, neuen Formen des Zusammenlebens und sexueller Orientierung.

Religiöse Glaubensbestände sind, was ihren jeweiligen dogmatischen Kern und damit ihre eigentliche Existenzberechtigung betrifft, im Gegensatz zu allen anderen schulischen

Vermittlungsinhalten prinzipiell **nicht wissenschaftlich** begründbar (intersubjektiv kritisierbar). Damit sind sie der Verpflichtung enthoben, sich in einer pluralistischen Gesellschaft für alle nachvollziehbar zu legitimieren. Daraus ist nun nicht der Schluss zu ziehen, möglichst allen religiösen Überzeugungen einen gleichberechtigten Zugang an staatliche Schulen zu ermöglichen, sondern sie im Sinne einer laizistischen Trennung von Staat und Kirche zu behandeln.

Auffällig ist das Fehlen von Kirchenkritik im Religions- und Ethikunterricht, sowohl der historischen als auch der zeitgenössischen, als ob Kirchen als Institutionen geradezu makellos dastehen würden. Klar ist, dass religiöse Institutionen keinen allgemein akzeptierten Status als moralische Autoritäten mehr genießen. Für manche gilt hier wohl eher das Gegenteil. Jedenfalls ist die jahrhundertlang von vornherein angenommene besondere Verbindung zwischen Religiosität und Moralität nicht mehr gegeben.

Dieser Vorschlag ist mit dem Recht auf freie Religionswahl und -ausübung absolut vereinbar, da diese ja nicht implizieren, dass der Staat die Religionsgemeinschaften alimentieren muss. Er muss daher insbesondere weder die religiöse Unterweisung noch die dafür benötigten Ressourcen bereitstellen.

Einwände

Ist es nicht völlig unrealistisch, anzunehmen, das **Konkordat** ließe sich in nächster Zeit, was diese Angelegenheit betrifft, **abändern** oder überhaupt sistieren? Zweifellos ist derzeit nicht erkennbar, wie sich der politische Wille formieren könnte, um das zu bewerkstelligen. Das sollte jedoch eine Gruppierung, die sich ein ähnliches Leuchtturmprojekt auf ihre Fahnen geschrieben hat, nämlich die Demokratisierung der österreichischen Schule, insbesondere das Projekt der auf Zeit gewählten kollektiven Schulleitung, ein ebenfalls nicht aktuell realisierbares Vorhaben, nicht davon abhalten, eine als richtig erkannte Idee zu diskutieren, aufzustellen und zu propagieren. Auch eine nicht zeitnah erfüllbare bildungspolitische Forderung entfaltet ihre Wirkung, solange sie in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um eine andere Schule immer wieder eingebracht und erhoben wird.

Ist es nicht höchst gefährlich, wenn der **Staat** auf seine **Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten** bei Konfessionsgemeinschaften **verzichtet**? Insbesondere was fundamentalistische und extremistische Entwicklungen betrifft. Nein, denn der Staat sollte gegenüber den verschiedenen Religionsgemeinschaften Äquidistanz wahren und sich der Einmischung in „innerreligiöse“ Angelegenheiten enthalten. Da diese vom Staat nur anerkannt werden, wenn sie sich der

Verfassung unterordnen, herrscht in einem demokratischen Rechtsstaat Klarheit über deren öffentliche Rolle. Alles andere ist eine Sache der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und im äußersten Fall der Exekutive.

Gehen der staatlichen Schule mit der Abschaffung des Religionsunterrichtes nicht Reflexions-, Erfahrungs-, und Argumentationszusammenhänge, kurz gesagt **Orientierungsmöglichkeiten, verloren**, die für die Entwicklung von Schüler/innen, unabhängig von ihrer Glaubensüberzeugung, sehr wichtig sein können?

Ja, diese sollten aber in dem neu zu schaffenden UG Orientierung aufgehoben sein. Schon heute leisten viele Religionslehrende wertvolle Vermittlungsarbeit, die zur geistigen Orientierung beiträgt. Diese Aspekte sollten in säkularisierter Form beibehalten werden.

Haben wir dafür mit dem **Schulversuch Ethik** nicht schon das **geeignete Instrument** zur Verfügung?

Nein, denn die Ausbildung zum Ethiklehrer und seine Inhalte sind nicht als vollwertiger Ersatz für den Religionsunterricht gedacht und geeignet. Ethik ist ja bekanntlich eine philosophische Disziplin und als Bezeichnung für die vorgesehenen Lehrinhalte ungeeignet. Auch der Einwand, man meine ja die Betrachtung der unterschiedlichsten Themen aus moralphilosophischer Sicht macht es nicht wirklich besser, weil eine solche Einschränkung sich eben von vornherein in ihren Möglichkeiten beschränkt und z.B.: von Interessen nichts wissen will. Nur nebenbei sei angemerkt, dass es eine merkwürdige Usance der österreichischen Schulbürokratie ist, Dinge falsch bzw. im Unterschied zum eingebürgerten Sprachgebrauch zu benennen.

Der „Papst“ des Ethikschulversuchs, Prof. A. Bucher, spielte semantisch auf derselben Klaviatur, als er auf einer Enquete zu „20 Jahre Schulversuch Ethik“ seinen Ausführungen den Titel „Unethische Überlegungen“ gab und damit eigentlich nur beklagte, dass die Überstellung des Schulversuches in das Regelschulwesen auf die lange Bank geschoben und damit die engagierten SchulversuchslehrerInnen an mehr als 200 Schulen nicht respektiert würden. Worauf ihm von Seiten der Ministerialbürokratie erklärt wurde, dass für alle Schulversuche 2025 das Entscheidungsjahr sei und eher eine Lösung im Sinne der Schulautonomie ins Auge gefasst würde.

Mit der Bezeichnung „Ethik“ scheint insbesondere die Schulpolitik gerne überzogene Erwartungen zu verbinden, gerade so, als ob die Konfrontation von Schülern mit den unter dieser Rubrik angebotenen Inhalten schon alleine eine erwünschte Wirkung („Moral“) nach sich zöge. Gerade die Philosophiegeschichte und die Moralpsychologie haben uns aber die Einsicht beschert, dass der

Optimismus Platons, alleine die Idee des Guten zu schauen, bewirke bereits eine moralische (Ver-)Besserung, verfehlt ist und das vertiefte Verständnis bei manchen nur spitzfindigere Legitimationsversuche ihrer Normbrüche nach sich ziehen.

Auch wenn Werteerziehung im Zielparagraphen des österreichischen Schulunterrichtsgesetzes verankert ist, sollte man sich nicht darüber Illusionen hingeben, als ob ein ethisches Fundament abrufbar wäre, auf dem man unreflektiert und ohne Diskussion aufbauen könnte. Ethische Normen und Werte können nicht von irgendeinem Standpunkt her für alle dekretiert werden. Selbst beliebte moralphilosophische Kandidaten wie Menschenwürde, Menschenrechte etc. sind Gegenstand philosophischer Diskussion und können auch SchülerInnen gegenüber nur im diskursiven Nachvollziehen angeboten werden. Der Lehrplan Ethik zeigt diskussionswürdige Ansätze und ist stellenweise, was die oben dargestellte Problematik betrifft, von einer geradezu dogmatischen Unreflektiertheit.

Das Fach Orientierung

Orientierung tut not. Wer als wacher Zeitgenosse und Lehrer alltäglich Erfahrung sammelt, kann sich kaum des Eindrucks einer zunehmenden **Diskrepanz** zwischen der **Komplexität** der modernen Welt und der **Befähigung** eines Großteils der SchülerInnen (ja richtig, nicht nur der Azubis!), damit klarzukommen, erwehren. Während die österreichische Schule, was die Ausbildungsseite betrifft, grosso modo gut funktioniert, liegt die **Bildungsseite im Argen**. Bei einem großen Teil der Schülerschaft wird man nicht nur mit sinkender sprachlicher Ausdrucksfähigkeit, marginalen Rechenfertigkeiten und wenig ausgeprägtem Zahlenverständnis, geografischen und historischen Orientierungsdefiziten konfrontiert, sondern auch die politische Grundbildung sowie die Fähigkeit zur kulturellen Teilhabe sind oft unterentwickelt oder stark spezifiziert. (Hier soll es nicht um die langweilige Diskussion gehen, ob sie nicht dafür anderes können, weil eben ohne das eine auch das andere nicht optimal genutzt werden kann)

Auch wenn man nicht vom Ideal einer allseits entwickelten Persönlichkeit ausgeht, kann eine offene demokratische Gesellschaft nicht darauf verzichten, in ihren Bildungseinrichtungen auf den Erwerb von Fähigkeiten wie politische Partizipation, kulturelle Teilhabe und soziale Mitgestaltung hinzuwirken. Dafür ist ein **universal geteilter Rahmen** nötig, der zwar seinerseits diskutiert werden kann, aber eben daher nicht religiös dezisionistisch vorauszusetzen ist. Schule kann zwar nicht alles leisten, aber die Grundlagen bzw.

die Förderung für den lebenslangen Bildungsprozess muss sie bereitstellen, wenn sie ihre Existenzberechtigung als Bildungseinrichtung nicht verlieren will.

Woher bezieht das Fach Orientierung **Stunden und Inhalte**? Der Großteil ergibt sich aus den freierwerbenden Religionsstunden. Zusätzlich könnten aber auch andere Orientierungsfächer wie etwa der philosophische Einführungsunterricht, Soziologie, Staatsbürgerkunde etc. hier eingebracht werden. Gerade der philosophische Einführungsunterricht bietet einerseits wertvolle Inhalte als auch eine überkommene dünnkelhafte Herkunft/Selbstverständnis, das dringend modernisiert gehört. Auch bei der Staatsbürgerkunde und Rechtslehre liegt der Schwerpunkt mehr auf der Information für den Staatsbürger als auf der Betonung einer aktualisierten politischen Bildung, die als Unterrichtsprinzip an zu vielen Schulen ein Dornröschendasein führt. Damit sind auch schon die Inhalte angedeutet, die in dem Pflichtfach Orientierung vermittelt werden sollen: soziologisches Wissen über die Grundstruktur von Gesellschaft, ihre Probleme, Konflikte, Tendenzen; kritisches Wissen zu Ideologien, Sinnangeboten (u.a. „Religionen“), kulturellen Deutungssystemen, eine jeweilige historische Perspektive, politische Bildung und jene Wissensbestandteile aus Psychologie, Pädagogik und Philosophie, die aktuelle Relevanz haben.

Es ist klar, dass es für die Orientierungslehrer dazu einer anspruchsvollen **Ausbildung** bedarf. Ein interdisziplinär eingerichtetes Lehramtsstudium bzw. Ausbildungsangebot für Kinder- und Jugendbetreuungsberufe, das von den beteiligten Instituten und Fakultäten unter den inhaltlichen und didaktischen Erfordernissen eines Lehramtes/ Betreuungsberufes anzubieten ist, ist dafür unabdingbare Voraussetzung. Dieser Bildungsanspruch wird vom Kindergarten bis zur Matura erhoben.

Von der theologischen Fakultät (für die das oben Gesagte ebenfalls zutrifft) können nur religionswissenschaftliche Inhalte (z.B.: Exegese, Kirchengeschichte, Religionssoziologie etc.) bereitgestellt werden. Das bedeutet insbesondere, dass auch dogmatische Inhalte nur als Inhalte zu vermitteln sind, nicht als zu bewerbende Überzeugungen. Die Konfessionszugehörigkeit des/der Lehrenden spielt keine Rolle. Er/sie ist einzig dem öffentlich-rechtlichen Lehrauftrag verpflichtet.

Was wird durch die Einführung des Faches Orientierung in der skizzierten Gestalt besser/ gelöst?

Die nicht legitimierbare Bevorzugung letztlich irrationaler Unterrichtsinhalte wird beendet. Der moralisierenden Tendenz wird entgegen-getreten.

Der moralische Erziehungsoptimismus wird durch eine kritische Haltung zu Möglichkeiten und Grenzen der Werterziehung korrigiert.

Die Problematik zunehmend heterogener, rivalisierender und teilweise unvereinbarer, immer weniger gesellschaftlich relevanter religiöser Unterweisungsansprüche wird abgewiesen.

Das zu vermittelnde Set aus Wissensbeständen, Fähigkeiten und Einstellungen wird in Richtung der selbstbestimmten Teilhabe an sozialen, und politischen Partizipation erweitert.

Dies ist ein **Diskussionsvorschlag**, der zum ersten Mal auf dem Seminar der Österreichischen Lehrerein Initiative in Semriach vorgestellt und erörtert wurde.

Bucher, Anton: Unethische Bildungspolitik. Vortrag gehalten bei der Enquete „20 Jahre Schulversuch Ethik. Was nun?“ an der PH Linz am 10.11.2017

Bucher, Anton: Der Ethikunterricht in Österreich. Innsbruck. Tyrolia.2014

Liessmann, Konrad P.: Religionen sind ja keine Anleitung zum guten Leben. „Der Standard“ 26.1.2013

Lehrplan für den Schulversuch Ethik an der Sekundarstufe 2 AHS und BHS (vorgelegt von der Bundes- ARGE-Ethik, 2017)

Amt d. OÖ Landesregierung (Hg.): Wertekompass für Oberösterreichs Schulen und Kindergärten. Unterrichts- und Lernmaterialien

Literatur:



Trixi HALAMA,
Personalvertreteri
n

Berufsorientierung

BO ist wichtig. Gut, dass es sie nun auch für allgemeinbildende Schulen geben wird. Sie soll koordiniert ablaufen und dafür wird es sogenannte BO-KoordinatorInnen geben. Auch das hat Sinn. Aber warum sollen LehrerInnen, die als solche schon seit langem, sehr engagiert agieren – das weiterhin ohne Zulage tun, während KollegInnen im Neuen Dienstrecht dafür eine bekommen? Eine Pauschale, die schon lange fällig ist und daher ALLEN KoordinatorInnen zustehen sollte? Das verstehen diese verdienstvollen KollegInnen nicht. Die Erklärung, dass das Ministerium das so beschlossen hat, ist keine Erklärung sondern eine seltsame Tatsache. Verständlich daher, dass die Lust an dieser Koordinationstätigkeit verloren geht und man diesen „Job“ gerne den Jüngeren überlässt. Die Crux dabei ist allerdings, dass den JungkollegInnen, Erfahrung und Ausbildung* für diese Aufgabe fehlen. Und die angestrebte, qualitätsvolle Berufsorientierung an diesem Stolperstein straucheln könnte! Also BITTE! Abgeltung für alle, die diesen zusätzlichen Arbeitsaufwand leisten

*Lehrgang ist zwar ab dem SJ 2018/19 geplant, „Altgediente“ haben dennoch einen beachtlichen Aus- und Fortbildungsvorsprung

In LehrerInnenzimmern macht sich Unbehagen breit. Werden Teamstunden gestrichen? Wie wird die „Deutschklassenidee“ umgesetzt? Ressourcen pro Kopf und nicht mehr pro Klasse? Was bedeutet das für die Lehrfächerverteilung im kommenden Schuljahr? Für KollegInnen im September? Die Informationen an den Standorten sind sehr unterschiedlich. Niemand weiß wirklich, was sein wird. Bald sein wird! „HO-RUCK!“ – Aktion statt wohl durchdachter Planung! Und dabei hat doch Schulqualität, (SQA), höchste Priorität! Wer damit befasst ist, müsste wissen, dass sie – SO! – NICHT! gesteigert werden kann!

Ho-Ruck vs Schulqualität

Da helfen auch keine gut formulierten, von der Schulaufsicht abgesehenen Absichtserklärungen in Form von Entwicklungsplänen...BITTE erst planen – und dann – wenn Direktion in Kooperation mit KollegInnen bestmögliche, schulstandortspezifische Umsetzung gefunden haben, handeln! Dafür braucht es nicht ein paar wenige Wochen, kurz vor Schulschluss, sondern ein Schuljahr! Daher – BITTE – KEIN HUSCHPUSCHSCHULJAHR 2018/19!

UGÖD

für *Bildungsinvestitionen* und gegen zukunftsblinde Budgetkürzungen

Sozialer Zusammenhalt, Integration und Förderung als gemeinsame Aufgabe aller LehrerInnen

Die Fördermittel von 80 Millionen aus dem sogenannten Integrationstopf sollen mit 31. Dezember 2018 auslaufen, im leicht angehobenen Bildungsbudget sind nur mehr 40 Millionen Euro für Integration vorgesehen, statt der 850 FörderlehrerInnen, statt zusätzlicher PsychologInnen, SchulsozialarbeiterInnen und mobiler interkultureller Teams sind nur mehr 440 LehrerInnen für von ÖVP und FPÖ forcierte und kostensenkende Deutsch-Sonderklassen vorgesehen. Das bedeutet Separation statt Integration. Teamteaching wird generell in Frage gestellt und zum Einsparungspotential erklärt.

Betroffen sind vor allem die „Pflichtschulen“ VS, NMS und PTS. Diese Kürzungen im Bildungsbereich und das Ende Februar angekündigte Streichen von Integrationsprojekten im AMS-Bereich treffen sozial Schwache, Arbeitsuchende, MigrantInnen, Flüchtlinge und ihre Kinder.

Integration als Aufgabe der LehrerInnen aller Schultypen

Die KollegInnen der Neuen Mittelschulen/ NMS, Volksschulen/VS und Polytechnischen Schulen/PTS und ihre SchülerInnen werden von dem im Budget 2019/20 eingeplanten Auslaufen von Integrationsmaßnahmen massiv getroffen. Sie brauchen die Solidarität aller LehrerInnen, auch die der Bundes-LehrerInnen an AHS und BMHS.

Denn in städtischen Ballungsräumen besuchen 50% der 10-bis 14-jährigen die Pflichtschule NMS. Nur die NMS ist zur Integration und zur Förderung auch der Kinder aus wirtschaftlich schwachen Familien verpflichtet. NMSen fördern Kinder unabhängig von Herkunft und sozialem Status der Eltern. Sie können sich - anders als die AHS – ihre SchülerInnen nicht aussuchen.

Integration braucht Vielfalt und keine Sonderklassen für MigrantInnen

Soziale Integration und Förderung der schulpflichtigen 10-bis14-Jährigen ist kein Spezialproblem der NMS, sondern gemeinsame Aufgabe von NMS und AHS-Unterstufen. Der Gesetzgeber hat es aber im Schulreformgesetz 2017 versäumt, AHS-Unterstufen auch als Pflichtschulen einzurichten.

Der „Integrationstopf“ ermöglichte die Anstellung von Unterstützungspersonal an Volksschulen, NMS und AHS, BMHS und BS, die Anstellung von Fachkräften für Spracherwerb und Integration, von PsychologInnen und SozialarbeiterInnen. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen/UGÖD und die Österreichischen LehrerInneninitiativen/ÖLI-UG fordern seine Übernahme ins Regelbudget. Wir brauchen dieses Unterstützungspersonal an den Schulen!

Investitionen in Bildung rechnen sich: Durch verbesserte Bildungschancen werden demokratische Teilhabe und ein gleichberechtigtes Zusammenleben erst möglich. Gemeinsam mit ÖGB, AK, Caritas und Diakonie fordern wir die Bundesregierung auf, in Bildung zu investieren, in die Zukunft all jener Menschen, die in Österreich leben und arbeiten.



apfl-ug

aktive pflichtschullehrerInnen
unabhängige gewerkschafterInnen

Die demokratische Alternative

in Personalvertretung und Gewerkschaft
der Wiener PflichtschullehrerInnen

www.apflug.at



Wer macht denn die Schwierigkeiten, mit denen die PV kämpft ?



Kurt **MUCK**,
apflug-Mitglied seit 1987

Die Frage wird wohl niemand so leicht beantworten können. Das hängt nämlich von der Position des Betrachters ab.

Leicht einigen kann man sich darauf WANN jemand sich an die PV wendet. Das geschieht im Konfliktfall zwischen einer/m Bediensteten und dem PSI (Behörde = 1. Instanz), oder LSI (2. Instanz) und SSR f. Wien. Natürlich sind auch die **LeiterInnen** zu erwähnen. Sie haben aber im Pflichtschulbereich keinen übergeordneten Rang im behördlichen Sinn. Sie sind LehrerInnen mit quasi Sonderverwendung. Der verlängerte Arm der Behörde in den Außenstellen (Schulen). Das Verbindungsglied zwischen LehrerInnenschaft und Behörde. Diese Zwitterstellung birgt natürlich Konfliktpotential. Einerseits sind sie PädagogInnen, andererseits VerwaltungsbeamtInnen. Sie sind also die Personen, die (gebriefft in den LeiterInnensitzungen) die behördlichen Anweisungen in den Schulstandorten umsetzen müssen.

Grundsätzlich sind Gesetze natürlich zu beachten. Darüber hinaus auch die Verordnungen und Erlässe. Jeder Mensch weiß aber aus Erfahrung, dass in der Umsetzung dieser Vorschriften häufig noch einiges an Spielraum bleibt. Im Fingerspitzengefühl der LeiterInnen liegt es dann, ob eine Hop-Oder-Drop Aktion stattfindet, oder ob amikale Lösungen bei der Umsetzung gefunden werden können. Fingerspitzengefühl hängt aber auch mit dem Rückgrat der LeiterInnen zusammen. „Traut“ sie/er sich Entscheidungen zu treffen, die in der Folge verlangen „etwas auf die eigene Kappe“ zu nehmen. Das wiederum hängt oft damit zusammen, wie sattelfest sie/er in der jeweiligen Materie ist und wie gut sie/er das Klavier im Orchester des behördlichen Betriebs spielen kann. Das sind Fähigkeiten, die allerdings nicht in irgendwelchen Seminaren vermittelt werden, sondern liegen in der Persönlichkeitsstruktur der LeiterInnen. Diese zu ergründen könnte ein Ziel sein für künftige LeiterInnenbestellungen. Das würde dem Dienst-

geber und der Personalvertretung viel Zores ersparen. Mit abnehmender Tendenz spielen auch ideologisch geprägte Haltungen eine Rolle. Wobei nichts gegen Ideologie einzuwenden ist, wenn dadurch nicht Gleichbehandlung Andersdenkender hintangestellt wird.

Kommt es aber konkret zu Konflikten, so zeigt sich häufig, dass trotz evidenter Verstöße gegen Respekt, Wertschätzung, Fairness oder gar Mitbestimmung direktoriales Verhalten von den InspektorInnen gebilligt, oder sogar verteidigt wird. Das ist für PersonalvertreterInnen so enervierend, als ob man - festgebunden an einem Gummiband - einen Sprint absolvieren müsste. Aber selbstverständlich ist das auf PSI-Ebene ebenso wie bei den LeiterInnen auf gleiche strukturelle Ursachen wie bei den LeiterInnen zurückzuführen. Zu erwähnen ist, dass zentrale Stellen (heißt SSR/LSI) überwiegend lehrerInnenorientierter agieren als periphere Stellen (PSI).

Trotz allem ist die Arbeit der PV sehr bedeutend im Schulbetrieb und bewirkt überwiegend erfolgreich eine Deeskalation in strittigen Situationen. Interessant wird die nächste Zukunft. Schulstandorte sollen nämlich (wie schon im AHS-Bereich) autonom werden, d.h. LeiterInnen werden künftig nicht mehr „nur“ Bindeglied sein, sondern werden in ihrer Position gestärkt. Das erfordert natürlich auch eine Umstrukturierung der Personalvertretung. Eine apflug-Forderung der ersten Stunde war es, dass PersonalvertreterInnen an JEDER Schule sein müssten. Das wäre im Autonomiefall ein unbedingtes MUSS, um zeitnah und effektiv wirken zu können.



Satire:

Unverhüllt verhüllt



Andreas **CHVATAL**, langjähriges apflug-Mitglied in verschiedenen Funktionen

verhüllt

unverhüllt



Ja, ganz recht! Ich trage jetzt Kopftuch – als Protest gegen das geplante Kopftuchverbot für Schülerinnen. Und auch deshalb, weil es mir niemand verbieten kann. Als öffentlich bediensteter Person ist es für mich allerdings selbstverständlich, dass ich an meinem Arbeitsplatz unverhüllt erscheine. Inhaber/innen einer staatlichen Funktion dürfen, in Ausübung dieserselben keine religiösen Symbole tragen. Mein Fall bedürfte allerdings einer eigenen Lösung, denn ich bin völlig und vollkommen unreligiös. Mein Kopftuch kann unmöglich ein religiöses Symbol sein. Was spricht dagegen, dass ich es trage? Vielleicht die Tatsache, dass ich ein Mann bin!

Ich will ja nichts auf die Spitze treiben und bestehe deshalb nicht auf eine diesbezügliche juristische Abklärung. Es gibt ohnehin schon genug, das auf der Spitze ist. Zum Beispiel meine Erfahrungen als Kopftuchträger, die leider hier aus Platzgründen nicht beschrieben werden können. Bleiben wir also beim Wesentlichen, nämlich meinem Recht, ein Kopftuch zu tragen. Dieses erwächst mir aus dem Grundkonsens einer aufgeklärten Gesellschaft, der mir auch erlauben würde, in der Öffentlichkeit eine Ritterrüstung oder ein Pandabärkostüm zu tragen. Eine aufgeklärte Gesellschaft ist in der Lage, mit nonkonformistischer Bekleidung umzugehen. Meine Situation unterscheidet sich von jener muslimischer Frauen, die ein Kopftuch tragen somit nur dadurch, dass diese Frauen niemals auf die Idee kommen würden, eine Ritterrüstung oder ein Pandabärkostüm anzuziehen, was mir hingegen ohne weiteres zuzutrauen ist. Besonders deutlich wird dies, wenn man sich vorstellt, was passieren würde, wenn Kopftücher mit der Allmacht des Gesetzes verboten würden. Abgesehen von einer erheblichen Ramponierung der erwähnten aufgeklärten Gesellschaft samt Grundkonsens, würde vor allem eines passieren – nämlich gar nichts.

Wie dick ist ein Kopftuch? Nicht sehr. Eigentlich eher dünn. Genau genommen, ist kaum etwas Dünneres vorstellbar. Wenn ich meines nicht mehr auf habe, fällt nur eine Hülle weg - ich bleibe, wie ich bin. Ein bissl desillusioniert, ziemlich stur, schreibend. Gleiches gilt für Muslimas. Sie würden

alle ganz genauso bleiben, wie sie sind. Manche sehr rückschrittlich, manche praktisch gar nicht. In dieser Hinsicht ist nicht relevant, was auf Köpfen drauf, sondern nur, was in ihnen drinnen ist. Dazu kommt es aber sowieso nicht. Ein Kopftuchverbot für alle Frauen ist sachlich nicht begründbar. Auch die neuen, rechten Rudermänner der Alpenrepublik werden es nicht schaffen, die Zivilisiertheit in der österreichischen Gesellschaft gänzlich zu beseitigen. Da sie aber ihrer Wählerschaft ein Opfer liefern wollen, gehen sie jetzt auf Schulmädchen los.

Aus der Unmenge von Argumenten, die die tiefe Sinnlosigkeit einer solchen Maßnahme belegen, seien hier nur zwei erwähnt. 1) Allen Eltern von Mädchen, die ein Kopftuch tragen, wird pauschal ein hohes Maß an Integrationsunwilligkeit unterstellt. Jene, die sich bemühen, werden vor den Kopf gestoßen. 2) Für die zahlreichen und schwerwiegenden Probleme, die es in der Integration gibt, stellt das Kopftuchverbot für Schülerinnen nicht den geringsten Lösungsansatz dar.

Durch die Kampagne der Regierung, mit der sie von ihrer Ideenlosigkeit ablenken will, wird eine sachliche Diskussion über das Kopftuch als religiöses Symbol verhindert. Eine solche wäre nicht uninteressant. Immerhin ist das religiös motivierte Kopftuch tendenziell gegen eine aufgeklärte Gesellschaft gerichtet. Das Gefüge von Rollenbildern, welches ihm zugrunde liegt wäre eine seriöse Analyse wert. Aber nur dann, wenn gleichzeitig auch andere Missstände aufgezeigt und bearbeitet werden. Hier erschließt sich ein weites Feld von Problematiken, die die Werte einer aufgeklärten Gesellschaft um nichts weniger infrage stellen, als die Kopftücher der Muslimas. Krude Nationalismen, chauvinistische Tendenzen, Rassismus in jeder Art und Ausprägung, sowie extrem rechtslastige Attitüden erodieren am Humanismus unserer Gesellschaft herum. Die Träger/innen dieser Tendenzen sind jedoch nicht durch ein äußeres Merkmal identifizierbar und deshalb für Verbote ungeeignet. Außerdem: Wie hört sich denn das an? Nationsverbot für Nationalist/innen! Chauvinismusverbot für Machos!

Und rechts Verbot für Rechte! Das käme ja einem teilweisen Selbstverbot gleich! Fast hat man Verständnis dafür, dass sie sich die Schulmädchen ausgesucht haben – aber nur fast!



Kopftuch

versus Machokopf



Ilse **SEIFRIED**,
apfl-Personalvertreterin
im 17. IB

Es braucht kein Kopftuchverbot für Kindergarten- und Volksschulkinder. Es braucht anderes!

Unzählige Diskussionen, Interviews und Publikationen gab und gibt es zum Thema „Kopftuch“. Brisant ist es gegenwärtig in Österreich durch den Gesetzesvorschlag der FP- und Kurz-Regierung, ein Kopftuchverbot in Kindergärten und Volksschulen für Mädchen einzuführen.

Ich möchte nun meine Überlegungen und Gedanken einbringen: A priori gelten für mich und gegenwärtig auch (noch?) für Österreich die Menschenrechte: Alle Menschen sind allein aufgrund ihres Menschseins mit gleichen Rechten ausgestattet. Ob hier geboren, hierher (aus welchen Gründen auch immer) geflüchtet. Diese Grundannahme ist eine kulturelle Leistung (Der persische Kyros-Zylinder von 538 v.u.Z. gilt als die erste Menschenrechtscharta), die verloren gehen und auch zerstört werden kann oder geschützt und gesichert. Als erfolgreichstes Menschenrechtsabkommen ist die Kinderrechtskonvention anzusehen. Sie wurde von allen UN-Staaten mit Ausnahme der USA ratifiziert.

Menschenrechte, Gemeinwohl, Solidarität, Meinungsfreiheit und Diversität sind die Pfeiler eines demokratischen Rechtsstaates. Die österreichische Bundesregierung steht zwar verbal dazu, doch mit ihren Überlegungen, Reden und Taten zeigt sich das Gegenteil. Menschen werden gegen Menschen ausgespielt und unter noch größeren Druck gesetzt. Jetzt ist der Zeitpunkt, den Anfängen zu wehren!

Zum Thema Kleidung: Vergegenwärtigen wir uns den Zwang für Frauen, Korsetts tragen zu müssen und das Ablegen dieser. Vergegenwärtigen wir uns die Büstenhalterverbrennungsaktionen der Feministinnen. Vergegenwärtigen wir uns die „Skandalmeldung“, als zum ersten Mal eine Abgeordnete in Hosen ins Parlament kam. Sich

befreien ist ein Prozess. Als freie Menschen wollen Frauen/Männer anziehen, was sie wollen. Als freier Mensch, kann ich meine Religion wählen, weil diese Privatsache ist. Also steht es dem Staat nicht zu, in Bekleidungs-Freiheiten einzugreifen, da dadurch niemand zu Schaden kommt. Des Staates Pflicht ist es, ein Rauchverbot auszusprechen, um die Gesundheit der Mitmenschen zu schützen.

Kopftuch tragen zählt nicht zu den Menschenrechten. Wer für den französischen Staat arbeitet, darf sich nicht verhüllen oder verschleiern, bestätigt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2015. Der Glaube ist ausschließlich Privatsache – und deshalb auch im Privaten zu halten. Diese strikte Trennung von Kirche und Staat, der sogenannte Laizismus, gehört regelrecht zu den Grundpfeilern der französischen Nation. In Österreich ist das (noch?) anders durch das Konkordat.

Vor 80 Jahren haben die österreichische Bundesregierung und der Vatikan das Konkordat unterzeichnet. Für manche ist es ein Relikt aus der Zeit des Austrofaschismus - für andere der „Garant



Bild:spagra

für die Religionsfreiheit.“ <http://religion.orf.at/stories/2586988/>

Ich bin für die Freiheit, ein Kopftuch tragen zu können.

Ich bin gegen staatliche Akzeptanz, Anerkennung und Unterstützung von Religionen, die Frauen- und Kinderrechte nicht anerkennen und nicht umsetzen.

Es braucht kein Kopftuchverbot für Kindergarten- und Volksschulkinder. Es braucht anderes!

Ich halte sehr viel von Regeln und Grenzen und respektvollem Umgang. Ich halte viel von Einsicht durch Rollenspiele, durch die Empathie entwickelt werden kann. Ich halte viel vom Miteinander-Ins-Gespräch-Kommen. Regelbrechungen gehören geahndet. Strafen gehören nach Straftaten gesetzt. Was es braucht, ist Unterstützung der Eltern, ihre Erziehungsarbeit (ihre Kinder zu mündigen, kritischen, demokratischen und eigenständigen StaatsbürgerInnen zu erziehen) reflektiert und kindgerecht umsetzen zu können. Und es

braucht ausreichenden Schutz gefährdeter Kinder.

Diese Unterstützung gibt es nur in einem minimalen Ausmaß. Ich sehe keine diesbezüglichen finanziellen Investitionen der Regierung, im Gegenteil nur „Einsparungen“ und Kürzungen. Wenn Eltern (Väter wie Mütter) nie die Möglichkeit hatten, sich selbst und ihre Rolle als Vater/Mutter – Mann/Frau in ihrer vertrauten/neuen kulturellen Gesellschaft mit professioneller Hilfe zu reflektieren und sich „Erkenntnisse“ zu erarbeiten, kann auch nicht von ihnen erwartet werden, dieses „Wissen“ zu besitzen. Wenn alltägliche finanzielle Sorgen, Stress durch Ausgrenzung und Einsparung von Integrationsmaßnahmen, Arbeitsverbote, Sprachkurskürzungen etc alle Energie verbrauchen, ist „Unwissen“ nachvollziehbar.

Berechtigte Furcht und irrationalen Ängste. Wir haben alle durch die #metoo Debatte gesehen, dass auch die westliche Kultur noch nicht am Ziel der Gleichberechtigung, Gleichstellung und im sexismusfreien Leben angekommen ist. Der Machismo ist weder bei Österreichern noch Immigranten transformiert. Hier anzusetzen hat Priorität. Hier braucht es immer noch Veränderungen des Role-Models „Männer-Selbstverständnis“.

Wenn die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) in Form ihres Präsidenten Ibrahim Olgun die geplanten Einführung eines Kopftuchverbots ablehnt, weil es auch religiös-frühreife Mädchen gibt, für die die Freiheit des Kopftuchtragens bestehen muss, so ist zu

erkennen, dass für ihn „Kinderrechte“ weniger wiegen als „Religion“. Es gibt innerhalb der islamischen Gläubigen eine feministische Bewegung. So erklärt sich, dass es islamische Frauen gibt, die sich verpflichtet fühlen aus religiösen Gründen ein Kopftuch zu tragen und andere, die einen solchen Zwang und ein solches Verständnis strikt ablehnen.

Das Kind steht im Zentrum. Wird das Mädchen emotional erpresst (Allah mag Kinder mit Kopftuch lieber!), wird der Bub emotional erpresst (Allah mag Buben lieber als Mädchen, weil Buben mehr wert sind!), dann muss es ausreichend Fachleute geben, die verpflichtende Elterngespräche im notwendigen Ausmaß zum nachweislichen Kindeswohl führen.

Möchte ein Mädchen spielerisch ausprobieren, wie es sich anfühlt mit einem Kopftuch in der Klasse zu sitzen, dann ist dieser Freiraum auch für Buben gegeben: So fühlt sich ein Kopftuch an! Kein Kindergarten- oder Volksschulkind wird das freiwillig auf Dauer mögen. So kann Genderarbeit, die ja im Unterrichtsprinzip vorgeschrieben ist, konkret umgesetzt werden!

Religionsunterricht mit sexistischen Werten ist verboten, darf nicht stattfinden.

Wir sind frei geboren! Wir werden nicht als Frauen/Männer geboren, wir werden dazu gemacht – gilt noch immer.

Daher gilt meine Forderung an die Regierung, 100 Millionen für Genderarbeit zu budgetieren – kontinuierlich, jedes Jahr in jedem Ministerium!

*Alljährliches **apflug-Schulschlussfest***

GASTHAUS „Die Fabrik“

1120 Wien, Gaudenzdorfer Gürtel 73

Montag 18. Juni 2018, 18:00

apflug-MandatarInnen



Gabriele Bogdan
Personalvertreterin 6.IB
und ZA
gaby.bogdan@aon.at
Tel. 0660/769 75 86



Helmut Breit
Personalvertreter 4. IB
helmut.breit@gmx.at
Tel 0680/112 45 54



Eilisebeth Hortensky
Personalvertreterin im
4. IB
issi@gmx.at
Tel: 0699/1786 12 39



Gabriele Leitner,
Personalvertreterin 4.IB
gabriele.leitner@chello.at



Trixi Halama
Personalvertr. 5. IB
beatrix.halama@gmx.at



Markus Strickner
Personalvertr. im 6.IB
markus.strickner@apflug.at



Martin Muck,
Personalvertreter 7. IB
martin.muck@chello.at



Wanda Grünwald
Personalvertreterin
9. IB
wandaott@yahoo.com



Michaela Pollak
Personalvertr. im 16.IB
m.pollak@juniorhighschool.at
Tel. 01/869 76 23/224



Ilse M. Seifried
Personalvertreterin
17.IB
i.m.seifried@aon.at
Tel. 01/492 57 60



Susanne Weghofer
Personalvertreterin
17.IB
sweghofer@yahoo.de
Tel. 0699/8110 57 62



Barbara Weichinger
Personalvertr. im 17.IB
barbara@weichinger.info
Tel: 0681/108535 90



Petra Jann
Persoalvertr. im 17. IB
pja@gmx.at



Andreas Gusel
Personalvertreter im
18. IB
a.gusel@apflug.at
Tel: 0681/2030 23 63



Claudia Astner
Personalvertr. im 18.IB
M.d.BL der GÖD
c.astner@apflug.at
Tel: 0650/246 81 05



Otto Anlanger
Personlvertreter 18. IB
ottos.kunstverteiler@gmail.com



Elisabeth Klingler
Personalvertreterin im
18. IB
elisabeth.klingler@chello.at



Jaroslav Skoda
Personlvertr. im 18. IB
jaroslav.skoda@gleichklang.at
Tel:01/4000 56 99 05



Andreas Chvatal
Funktionär der ÖLI-UG
chvatal@gmx.net



Stefanie Lernet
Persoalvertreterin PTS
slernet@yahoo.de



Katrin Winkelbauer
GBBA 18. IB
katrin.winkelbauer@chello.at
Tel. 0664/351 31 39

